

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Alexander Flierl

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Hans Friedl

Abg. Annette Karl

Abg. Christoph Skutella

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Keine weitere Aufweichung des Artenschutzes für den Windkraftausbau!

10H-Regel erhalten! (Drs. 18/19678)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Als ersten Redner rufe ich Herrn Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Weckruf gegen die Industrialisierung unserer Landschaft hat mittlerweile breite Schichten unserer Gesellschaft erreicht. Mittlerweile gibt es 1.131 Verbände und Initiativen gegen den ideologisch forcierten Windkraftausbau in Deutschland. Für ihn steht eine aus Steuergeld hoch subventionierte Lobby aus Investoren und politischen Interessenvertretern, denen unsere ökologischen Lebensgrundlagen und unsere Versorgungssicherheit mit bezahlbarem Strom absolut egal sind. Auf der vernünftigen Seite stehen neben uns die führenden Vertreter des wahren Umweltschutzes, die in der Öffentlichkeit wie üblich als Einzelmeinung abgetan werden und im öffentlichen Diskurs geflissentlich ausgegrenzt werden. Beispiele dafür gibt es noch und nöcher. So hat etwa Dr. Wolfgang Epple in seinem Buch "Windkraftindustrie und Naturschutz" klar Position gegen die Windenergie bezogen. Herr Epple ist in Ihren grünen Kreisen übrigens kein Unbekannter, weil er hauptamtlich als Landesgeschäftsführer des Naturschutzbundes und später für das Niedersächsische Landesamt für Ökologie tätig war.

Haben Sie sich eigentlich schon einmal gefragt, wieso die ökologische Gesamtbilanz von Windenergieanlagen im politisch-medialen Diskurs nie Anklang findet? – Die meisten von den hier Anwesenden sitzen nämlich noch immer dem Greenwashing-

Gedanken und der Kampagne von der sogenannten sauberen Energie auf. Das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren. Und weil wir gerade dabei sind, Mythen rund um die Windenergie zu entlarven: Man sieht ja, was aus der Energiewende geworden ist und was sie uns vor allen Dingen eingebracht hat. Wir sind in der vollständigen Abhängigkeit gelandet. Das liegt an Ihrer grünen Agenda und daran, dass Sie, werte CSU hier vorn, all Ihre konservativen Werte über Bord geworfen haben und diesem links-grünen Zeitgeist hinterhergeschwommen sind und das leider noch immer tun.

Da hilft es auch nicht, dass sich der Herr Ministerpräsident Söder heute wieder einmal im Winde gedreht hat. Ja, er hat sich im Winde gedreht. Wenn man ihn so reden hört, ist es auf einmal gar kein Problem, die Kernenergie zu reaktivieren. Er bringt das hier locker ins Spiel, ganz so, als wäre es eine neue Idee. Die AfD predigt das in diesem Hohen Haus nunmehr seit Jahren, und Sie alle, meine Damen und Herren, ignorieren es. Aber Sie ignorieren nicht nur uns, Sie ignorieren auch die ganze übrige vernünftige Welt, die diese Geisterfahrt oder – wir haben es heute gehört –, wie es das "Wall Street Journal" kürzlich bezeichnet hat, die dümmste Energiepolitik der Welt eben nicht mitmacht. Und warum? – Weil wir unsere Natur mit Windrädern zerstören und dabei auch noch unsere Energiesicherheit opfern.

(Beifall bei der AfD)

10 H, meine Damen und Herren, ist besser als 5 H, aber wenn Sie mich fragen, dann sollten wir darüber diskutieren, aus 10 H 100 H zu machen.

(Vereinzelt Lachen)

Das würde die Staatsregierung endlich dazu bewegen, den Fokus auf einen Energiemix zu legen, der erstens unsere Natur bewahrt, zweitens die Energiesicherheit gewährleistet und drittens schließlich dem Bürger bezahlbaren Strom liefert. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege Hahn. – Als nächster Redner wird Herr Kollege Alexander Flierl, CSU-Fraktion, aufgerufen.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auch beim letzten Tagesordnungspunkt zeigt sich wieder einmal die übliche Masche, das übliche Vorgehen der AfD: platte Thesen aufstellen, überwiegend am Thema vorbeireden, fehlerhafte Verknüpfungen herstellen, wie immer auch ein bisschen unzulässig vermengen, so zum Beispiel 10 H und den Artenschutz. Das ist die Politik der AfD: Immer schön am Thema vorbei sprechen und nie konkret sagen, worum es in ihrem Antrag eigentlich geht.

Wenn wir Artenschutz und 10 H diskutieren, müssen wir auf die Fakten hinweisen. Die Auswirkungen auf Natur und Landschaft durch Windenergieanlagen, auch die Gefahr für kollisionsgefährdete Arten, werden doch selbstverständlich in den Genehmigungsverfahren umfassend geprüft.

Selbstverständlich – das ist wohl nicht zu leugnen – bedeutet ein Windrad einen Eingriff in Landschaft und Natur. Deswegen ist es im Sinne des Landschaftsschutzes auch notwendig, Sensibilität zu wahren. Selbstverständlich ist es auch erforderlich, das Tötungsrisiko geschützter Arten so weit wie möglich zu verhindern und auch zu überprüfen. Für uns ist klar: Klimaschutz und Artenschutz kann man dabei nicht gegeneinander ausspielen. Alle diese Punkte werden durch Sachverständigengutachten untersucht, überprüft, werden abgewogen und in den gesetzlichen Verfahren geklärt. Auf diese zu prüfenden Fragen hätte die Abschaffung der 10-H-Regel überhaupt keinen Einfluss, keine Auswirkung.

Landschaftsschutz, Natur- und Artenschutz sind und bleiben in den entsprechenden Genehmigungsverfahren weiterhin entscheidend. Es ist eindeutig zu kurz gesprungen, und es ist eigentlich auch daneben, dass man den Rückgang bei den Insektenpopulationen mit der Windkraft in Verbindung bringt. Dazu gibt es nur eine einzige Studie, bei

der nicht einmal Messungen durchgeführt wurden und die sich noch nicht einmal auf Messdaten beruft, sondern einfach "wissenschaftliche" Berechnungen vorgenommen hat, ohne die Erkenntnisse belegen zu können.

Wir wissen doch eigentlich, worauf es ankommt, wenn es darum geht, bei Insekten Artenschutz zu gewähren. Dabei müssen wir uns auf die Flächen- und Lebensraumverluste konzentrieren. Diese zu minimieren, ist entscheidend.

Oft wird auch verkannt, dass 10 H eben kein fixes Abstandsgebot ist. Bei einer gewünschten Unterschreitung braucht man nur eine kommunale Bauleitplanung. Diese ist dann eben vorzunehmen. Dadurch werden weitreichende Bürgerbeteiligungsrechte gewährt. Die örtlich Beteiligten werden vertieft eingebunden, deutlich mehr, als dies in einem üblichen emissionsschutzrechtlichen Verfahren überhaupt ermöglicht werden könnte. Zudem ist 10 H ein angemessener Ausgleich zwischen der Förderung erneuerbarer Energien und dem Schutz von Natur und Landschaftsbild, aber eben auch der örtlichen Wohnbebauung.

Deswegen ist es unser Ziel und unser Anliegen, dass wir 10 H im Grundsatz erhalten, aber auch fortentwickeln und reformieren, sodass wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorankommen. Der Antrag der AfD ist hierbei nicht hilfreich. Wir werden ihn daher ablehnen.

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Prof. Dr. Hahn, bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Flierl von der CSU, warum gibt es denn dann in Bayern die 10-H-Regel? Sie haben es gerade so dargestellt, als brauchte man sie ohnehin nicht, weil jeweils Einzelgutachten erstellt würden. Fakt ist aber, dass wir uns als Politiker und Sie als Regierung sich schon gar nicht hinter irgendwelchen Gutachtern zurückziehen können. Nein, wir müssen die politische Rich-

tung vorgeben. Bei dem, was Sie in Ihrer Rede leider nicht vorgegeben haben, scheint aber Ihr Ministerpräsident Söder heute einen Schritt weiter gedacht zu haben. Er hat nämlich die Windkraft rhetorisch faktisch beerdigt. Sie haben völlig recht: Dazu gibt es eine einzige Studie, nämlich die des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, die übrigens auch gerne von Herrn Söder zitiert wird. Diese sagt, genau 1.200 Tonnen Insekten sterben an diesen Anlagen. Und Sie wollen den Artenschutz einfach so wegwischen und sagen, das könne nicht sein. Da stelle ich Ihnen die Frage: Wenn es nur so wenige Studien gibt, was Sie ja monieren, warum gibt es im tollen Wissenschaftsland Bayern denn dann nicht mehrere Studien, warum haben Sie sie nicht schon längst eingefordert und gefördert?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Flierl.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege, wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie mitbekommen, dass 10 H für den Natur- und Artenschutz letztlich keine Auswirkungen zeitigt, dass diese Regel hierbei nicht relevant ist. Bei 10 H geht es um etwas anderes. Dabei geht es um die baurechtliche Frage.

Natur- und Artenschutz sind für uns wesentlich. Gerade auch ich nehme sie wirklich sehr ernst, weil wir unzerschnittene, unverfälschte Landschaften erhalten und ein besonderes Augenmerk hierauf legen müssen.

Ich sage es Ihnen gern noch einmal: 10 H ist insbesondere ein Schutz und ermöglicht eine weitreichende Einbindung der Bürger vor Ort. Dafür, dass ein Ausbau eben nicht gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung erfolgt, brauchen wir 10 H. 10 H brauchen wir auch zum Schutz der Wohnbebauung. Notwendig ist aber auch, dass die Maßgaben des Artenschutzrechts berücksichtigt werden. Beides nebeneinander ist jederzeit möglich.

Wir brauchen also 10 H in einer reformierten Form, und der Artenschutz muss hierbei im Rahmen des Klimaschutzes gleichbedeutend berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Martin Stümpfig, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn es nach der AfD ginge, würden wir weiter fossile Energieträger verfeuern und hätten ein Artensterben ohne Ende. Der einzige Weg sind daher die erneuerbaren Energien.

Meine Redezeit will ich auf die Frage nach aktuellen Studien verwenden. Was Sie hier zitieren, ist eine IZW-Abschätzung aus dem Jahr 2014. Diese ist also wirklich schon sehr alt. Wir haben aktuelle Studien, die zudem nicht nur auf Schätzungen basieren. Hunderte Rotmilane – der Rotmilan ist bei uns endemisch, das heißt, eine Art, die nur bei uns vorkommt – wurden besendert. Man hat festgestellt: Todesursache Nummer eins ist das Gefressen-Werden. Todesursache Nummer zwei ist die Vergiftung. Diese kommt hauptsächlich deshalb zustande, weil die Rotmilane unter anderem Ratten – und dementsprechend Rattengift – als Beutetiere aufnehmen und fressen. Die dritte Ursache ist der Straßenverkehr. An vierter Stelle stehen Stromleitungen, an fünfter Stelle der Abschuss, an sechster Stelle der Schienenverkehr. Erst nach dem Schienenverkehr kommt die Windkraft. Das ist die Reihenfolge.

Wir haben mittlerweile auch Detektionsmöglichkeiten, mit denen wir die Zahlen noch einmal reduzieren können. Mit Bat-Detektoren können Fledermäuse erkannt werden. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten.

Die Reihenfolge basiert, wie gesagt, auf aktuellen Studien, mit denen wir auch zeigen können: Wir sind insoweit auf einem sehr guten Weg. Die Erneuerbaren sind das einzig Sinnvolle und Richtige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Herr Stümpfig, kommen Sie noch einmal zum Redepult. Von Herrn Kollegen Prof. Dr. Hahn war noch rechtzeitig eine Zwischenbemerkung angemeldet worden.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Stümpfig von den GRÜNEN, Sie stellen es hier so dar, als ob es das Schlimmste von der Welt wäre, wenn wir in der heutigen Situation noch fossile Energien verbrauchten. Es geht nun einmal – leider – nicht anders. Das hat selbst der neue Bundeswirtschaftsminister von Ihrer Partei erkannt; es scheint, dass die Versorgungssicherheit der Bevölkerung in Deutschland wenigstens einen kleinen Wert für ihn hat.

Ich möchte einfach etwas klarstellen: Wenn Sie hier sagen, der Rotmilan sei endemisch, dann frage ich mich, ob Sie sich mit dem Begriff "endemisch" auskennen. Der Rotmilan ist in Deutschland überhaupt nicht endemisch. Richtig ist, dass der Verbreitungsschwerpunkt in Deutschland liegt. Das heißt, die Population hat hier eine ganz besondere Bedeutung.

Schlimm aber ist, dass Sie einerseits sagen, aus diesen und jenen Gründen sei dieser Vogel gefährdet, aber dann akzeptieren, dass die Gefährdung durch die Windräder noch obendrauf kommt. Damit zeigen Sie, dass Sie für den Arten- bzw. Naturschutz – in diesem Fall: für den Rotmilan – überhaupt nichts übrighaben und dass es Ihnen eigentlich egal ist, wenn noch eine Gefahr obendrauf kommt. Das interessiert Sie nicht – Hauptsache, Ihre Windmühlen kommen in die Wälder, die Sie dafür gern abholzen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): 95 % der Population des Rotmilans sind bei uns; deshalb ist es eine endemische Art. Wenn man sich die Population genau anschaut – ich kann Ihnen gern die Zahlen aus Westmittelfranken zeigen –, erkennt man: Je mehr Wind-

kraftanlagen wir installiert haben, desto mehr Rotmilane haben wir bei uns. Nun kann man natürlich sagen, dass nicht unbedingt ein linearer Zusammenhang besteht. Tatsächlich ist es aber so, dass wir in den letzten zwanzig Jahren deutlich mehr Rotmilane gezählt haben. Es verträgt sich gut miteinander.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Kollege Hans Friedl, FREIE-WÄHLER-Fraktion.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir zu dieser vorgerückten Stunde einfach machen und sagen: Wir übernehmen das Votum des Ausschusses.

(Beifall – Zurufe: Genau!)

– Tut mir leid, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag steckt voller Schwachsinn. Deshalb muss ich näher darauf eingehen.

"Keine weitere Aufweichung des Artenschutzes für den Windkraftausbau! 10 H-Regel erhalten!" – Das ist schlichtweg eine Mogelpackung. Artenschutz ist wichtig; ich denke, darüber sind wir alle uns einig. Deshalb wird bei jeder einzelnen Windenergieanlage in Bayern auf der Grundlage des bayerischen Windenergie-Erlasses jegliche Auswirkung auf Natur und Landschaft geprüft.

Dass in der Begründung dieses Antrags insbesondere auf die Arten abgestellt wird, die von Kollisionen mit Windrädern betroffen sein sollen – wie Rotmilane, Fischadler, Steinadler usw. –, zeigt, dass man bei der AfD auch fachlich nicht so richtig auf dem wissenschaftlichen Erkenntnisniveau operiert.

Kommen wir zum Fischadler. Hier haben wir einen Prüfbereich von 1.000 Metern um bekannte Neststandorte und von 4.000 Metern für die Nahrungshabitate. Nun: Ist der Fischadler in Bayern vom Aussterben bedroht? Man schaue sich die Zahl der brüten-

den Paare an. Zur Differenzierung und vielleicht als Hinweis an die AfD, wie man an die Darstellung von Sachverhalten herangehen kann: Als Zugvogel gilt er in Bayern als nicht gefährdet. In Deutschland generell ist der Bestand aber als gefährdet eingeordnet.

Gehen wir zu den Steinadlern über, die in dem Antrag ebenfalls genannt werden. In der Roten Liste sind sie als "extrem gefährdet" eingestuft – vor dem Hintergrund einer extrem seltenen geografischen Verbreitung mit Jagdgebieten in der Regel oberhalb der Waldgrenze. Dort liegt der Fehler der AfD. Sie können ohne Zweifel davon ausgehen, dass Windräder auf den Bergkämmen, im Alpenvorland und in den Alpen nicht errichtet werden.

Als Letztes möchte ich auf den Rotmilan zu sprechen kommen. Wir alle haben den Bericht des EU-Forschungsprojekts "Life-Eurokite" zur Kenntnis genommen. Gerade die Rotmilane scheinen durch Windenergieanlagen wesentlich weniger gefährdet zu sein – das haben wir schon vom Kollegen Stümpfig gehört – als zum Beispiel durch Gift sowie durch Straße und Schiene; dadurch kommen nämlich mehr Rotmilane zu Tode.

Daneben sollte die AfD einfach zur Kenntnis nehmen, dass es mittlerweile Kamera- und Radarsysteme gibt, die bei Annäherung großer Vögel die Windräder abschalten. Es gibt allerdings das Problem, dass für jedes einzelne Windrad nachgewiesen werden muss, warum das ausgesuchte System genau hier effektiv ist. Der Bund sollte die entsprechenden Regelungen ändern. Gleichzeitig wird gerade hier in Bayern die Weiterentwicklung dieser Systeme mithilfe des Freistaates gefördert.

Worum geht es eigentlich in diesem Antrag? – Die AfD ist gegen den Ausbau der Windenergie. Genau deshalb ist dieser Antrag eine Mogelpackung. Gerade in einer Zeit, in der die Energiepreise einen nie gekannten Höhenflug erleben, muss man alle möglichen Stromerzeuger auf den Prüfstand stellen. Klar ist: Am Ende des Tages

brauchen wir höhere Kapazitäten bei den erneuerbaren Energien. Das ist eine Tatsache, das sind keine Fake News.

In der aktuellen Situation, hier und heute, brauchen wir eine gewisse Flexibilität. Doch dürfen wir dabei die Zukunft nicht aus den Augen verlieren. Wenn man sich keine Gedanken über den CO₂-Ausstoß macht und dem Klimawandel nicht entschlossen entgegentritt – durch Nutzung der erneuerbaren Energien in Zukunft –, dann brauchen wir uns am Ende des Tages auch keine Gedanken über den Artenschutz zu machen; denn dann werden die in dem Antrag genannten Vogelarten schon wegen des Klimawandels aussterben, aber nicht wegen der Windräder.

Ich denke, ich habe genügend Punkte ausgeführt, warum wir FREIE WÄHLER unsere Einstellung gegenüber diesem Antrag seit dem 27. Januar 2022, dem Tag der Beratung im Umweltausschuss, nicht geändert haben und ihn auch heute ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächste Rednerin: Frau Annette Karl, SPD-Fraktion. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluss des Tages der wöchentliche AfD-Antrag gegen Windkraft. – Ich stelle fest: Die Begründungen werden immer skurriler; denn was bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat 10 H mit Arten- und Naturschutz zu tun? Eher ist das Gegenteil der Fall: Durch 10 H müssen immer weitere Abstände zur Wohnbebauung eingehalten werden. Das führt dazu, dass mehr Windräder in der Natur gebaut werden müssen. Hier ist also überhaupt kein Zusammenhang zu sehen.

Wir müssen alle – und das ist einer der Grundsätze beim Ausbau der erneuerbaren Energien – den Artenschutz, den Schutz der Menschen und den Klimaschutz in Einklang bringen. Dafür reichen die bestehenden Gesetze, seien es Immissionsschutzregelungen oder andere, vollkommen aus. Da ich gerade den Herrn Beauftragten für

Bürokratieabbau sehe: Wir brauchen hier nicht noch mehr Regularien. In der Summe ist das also ein belangloser Antrag mit belanglosen Floskeln. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Christoph Skutella, FDP-Fraktion, auf.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 10 H blockiert den Ausbau von Windkraft in Bayern nachweislich. Wir brauchen die Windkraft aber dringend für die Energiewende und für unseren Energiemix. Deswegen werden wir diesen Antrag auch ablehnen.

Kollege Stümpfig hat aus der Studie, die auch ich gefunden habe, die auch der Kollege von den FREIEN WÄHLERN gefunden hat – die haben wir anscheinend alle recherchiert –, schon die Zahlen und Daten bezüglich des Rotmilans zitiert. Ich werde darauf verzichten, das zu wiederholen, obwohl ich empfehlen würde, dass der Antragsteller diese Studie mal googelt. Vielleicht verhilft ihm das auch zu einem Erkenntnisgewinn. Dass ein Greifvogel von einem Windrad getötet wird, sei demnach ein extrem seltenes Ereignis. Das ist die Zusammenfassung. Ich zähle jetzt nicht noch auf, welche Verkehrsmittel usw. stattdessen ursächlich dafür sind.

Wir werden den Antrag ablehnen. Herzlichen Dank und einen schönen Abend!

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? –

Das sind die übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun noch zur Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7, Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse", Drucksache 18/19291. Mit Ja haben 8 Abgeordnete, mit Nein 73 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 18. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22:22 Uhr)